

BOTSCHAFTEN der Woche

01.05 - 07.05.2023

UNSER ZUKUNFTSPLAN FÜR HESSEN

Während Schwarzgrün mit Bräsigkeit und Verhinderungspolitik ihren Regierungsalltag bestreitet, haben wir uns aufgemacht um hinzuhören und hinzuschauen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat ihre im letzten Herbst gestartete Dialogtour beendet und in dieser Woche das Ergebnis vorgestellt: Den Zukunftsplan „Hessen 2030 – Hier wird Zukunft gemacht“.

Im allseitigen Austausch mit Vereinen, Verbänden und der hessischen Zivilgesellschaft haben wir einen umfassenden Plan vorgelegt, der – in der Tradition von Georg-August Zinn – Leitlinie und Richtschnur für unsere zukünftige parlamentarische Arbeit sein soll.

Unter den drei Themenschwerpunkten „Die Wirtschafts- und Arbeitswelt von Morgen“, „Familienland Hessen“ und „Staatliche Krisenbewältigung und Widerstandsfähigkeit verbessern“ haben wir umfassende Maßnahmen erarbeitet und in dem Plan niedergeschrieben.

Zusammengefasst sind unsere Forderungen:

- **Einen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Leitgedanken verankern, der gute Arbeit und eine starke Wirtschaft als zwei Seiten der gleichen Medaille versteht.**
- **Wir brauchen einen Transformationsfonds.**
- **Die Erarbeitung einer Gesamtstrategie gegen den Fachkräftemangel.**
- **Die Stärkung der Beruflichen Bildung und der Berufsorientierung.**
- **Kostenfreie Bildung von Anfang an bis hin zum Meister/Master.**
- **Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung an Grundschule bis 2026**
- **Die Mobilitätsgarantie**
- **Die Planungsbeschleunigung bei Ausbau Erneuerbarer Energien**
- **Ein echtes Klimaschutzgesetz und**
- **Für eine soziale und gerechte, flächendeckende Gesundheitsversorgung.**

BOTSCHAFTEN der Woche

01.05. - 07.05.2023

WOHNUNGSPOLITIK

Schwarzgrün verpasst die Chance, auf dem Mietwohnungsmarkt für Entspannung zu sorgen

Nachdem Vonovia, eines der größten Wohnungsunternehmen Europas, angekündigt hatte, rund zehn Prozent seines Wohnungsbestands zu veräußern, haben wir die Landesregierung mehrfach aufgefordert, sich mit der landeseigenen Gesellschaft „Nassauischen Heimstätte“ (NH) um den Kauf von Vonovia-Wohnungen zu bemühen und damit bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Aber die Regierungskoalition von CDU und Grünen hat das abgelehnt. Statt also aktiv für bezahlbare Wohnungen zu sorgen, stiehlt sich die schwarzgrüne Landesregierung aus der Verantwortung.

HESSEN SOLL KEIN ÜBERWACHUNGSSTAAT WERDEN – NEIN ZU DEN SCHWARZGRÜNEN NOVELLIERUNGEN DER SICHERHEITSGESETZE

Wenn es nach der aktuellen Landesregierung und ihrem Novellierungsvorhaben geht, sollen die öffentlich zugänglichen Bereiche von allen Flughäfen, Personenbahnhöfen, Sportstätten, Einkaufszentren und Packstationen in Land stets überwachungsfähig sein. Das heißt: Anders als bisher muss nicht mehr in jedem Einzelfall geprüft werden, ob es belastbare Anhaltspunkte dafür gibt, dass an einem bestimmten Ort tatsächlich die Gefahr von Straftaten besteht. Die teils heftige Kritik der Sachverständigen im Anhörungsverfahren an dieser Regelung ignoriere CDU und Grüne aber, sie bleiben bei ihrem politisch und verfassungsrechtlich fragwürdigen Kurs.

Grundgesetzliche verbrieft Rechte und Fragen der Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.